

INFO:3



Eine Stadt, die soziale Gerechtigkeit ernst nimmt, sorgt auch für menschenwürdige Unterbringung.

Keine Kompromisse bei der Menschenwürde

Die Frage, wo und wie schutzsuchende Menschen in der Schweiz untergebracht werden, sorgt immer wieder für Diskussionen – in der Politik, in der Gesellschaft und nicht zuletzt im Zürcher Gemeinderat. Es geht dabei nicht nur um Platz und Infrastruktur, sondern um grundsätzliche Werte: Wie wollen wir als Stadt mit den Menschen umgehen, die hier leben? Text: Hannah Locher

Besonders deutlich wurde diese Debatte im November 2023, als in Zürich eine temporäre Asylunterkunft in einer unterirdischen Zivilschutzanlage an der Turnerstrasse eröffnet wurde. Dort hat das Staatssekretariat für Migration (SEM) über mehrere Monate bis zu 90 Personen untergebracht – mehrheitlich asylsuchende Familien, Frauen und Kinder. Die Nutzung dieser Anlage war von Anfang an umstritten. Doch erst mit dem Rückgang der Asylzahlen wurde sie >

› Anfang 2025 wieder geschlossen. Die Eröffnung dieser Unterkunft führte letztes Jahr im Gemeinderat zu einer Grundsatzdebatte über die Frage, ob Zürich künftig auf unterirdische Unterbringung verzichten und stattdessen oberirdische Alternativen prüfen soll. Dies forderte ein entsprechendes Postulat. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, welche Unterbringungsformen als menschenwürdig gelten. Die Debatte, die dann im Rat folgte und die Haltung einiger Fraktionen, liessen mich bestürzt zurück.

«Unterirdische Unterkünfte sind nie eine Lösung, sondern eine Kapitulation vor den Herausforderungen.»

Dass die SVP die Unterbringung von geflüchteten Menschen in unterirdischen Anlagen nicht problematisch findet, überraschte mich natürlich nicht. Diese Partei befürwortet bekanntlich auch die Errichtung von Asylunterkünften in den abgelegenen alpinen Standorten – weit weg von jeglicher Integration und fernab von gesellschaftlicher Teilhabe. Die Botschaft ist klar: «Ihr seid hier nicht willkommen.»

Dass aber unterirdische Unterkünfte bis in die politische Mitte als legitime Praxis angesehen wird, hat mich befremdet. Die Mitte Fraktion argumentierte: Man wünsche sich natürlich keine solchen Zustände, aber die einzige Alternative sei «das Leben unter der Brücke.» Was als pragmatischer Weg verkauft wird, zeugt in Wahrheit von einer zutiefst zynischen Haltung. Die Mitte, die sich sonst gerne auf christliche Werte und Nächstenliebe beruft, akzeptiert Bedingungen, die jeder Vorstellung von Menschlichkeit widersprechen.

Solche unterirdischen Unterkünfte sind eine gravierende Einschränkung

der Menschenwürde und stehen in einem krassen Widerspruch zu unseren humanitären Werten. Das ist auch das wiederholte Fazit der Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF). Es gibt kein Tageslicht, keine Rückzugsmöglichkeiten, keine Privatsphäre. Es fehlen grundlegende Voraussetzungen für ein würdiges Leben. Und diese Bedingungen sind nicht nur unmenschlich, sie retraumatisieren viele Geflüchtete, die bereits unvorstellbares Leid erlebt haben. Gerade Kinder und vulnerable Personen dürfen niemals an solchen Orten untergebracht werden. Das war jedoch der Fall an der Turnerstrasse.

Für mich ist klar: Unterirdische Unterkünfte sind nie eine Lösung, sondern eine Kapitulation vor den Herausforderungen einer menschenwürdigen Integrationspolitik. Wir haben in Zürich die Mittel und die Verantwortung, bessere Lösungen zu finden. Das haben wir in vielen Fällen auch bewiesen. Zwischennutzungen von leerstehenden Gebäuden, Umnutzung städtischer Liegenschaften oder Containerlösungen haben sich in anderen Kontexten bewährt. Das muss auch in angespannten Situationen unser Ansatz sein – ja, das bedingt Anstrengungen, aber das sind wir schutzbedürftigen Menschen schuldig.

Nach dieser Debatte war es umso bedeutender, dass eine Mehrheit im Rat den Stadtrat beauftragte, künftig ausschliesslich oberirdische Unterkünfte zu prüfen. Doch ich befürchte, dass das nicht das letzte Mal war, dass wir im Gemeinderat über diese unmenschliche Unterbringungsform diskutieren mussten. Darum appelliere ich an meine Ratskolleg:innen aus anderen Parteien, sich bis dahin wieder auf ihren moralischen Kompass zu besinnen, wenn es um die Frage geht, was für eine Stadt wir für schutzbedürftige Menschen sein wollen. Die SP-Fraktion wird sich auch in Zukunft für eine Asylpolitik einsetzen, die Menschlichkeit und Solidarität ins Zentrum stellt. Es braucht politische Lösungen, die eine menschenwürdige Unterbringung garantieren und langfristige Perspektiven schaffen. ■

Editorial

Liebe Leser:innen

Kaum ist das Jahr 2025 angefallen, schon sind wir wieder bei unserer etwas spezielleren Märzangabe angekommen. Das Spezielle an der Märzangabe sind die Jahresberichte aus den verschiedenen Bereichen, genauer den beiden Parlamenten Gemeinde- und Kantonsrat, den Kreisschulbehörden und dem Präsidium. Für mich persönlich ist dieser Einblick in die derart wichtige Arbeit unserer Genoss*innen sehr spannend, vielen Dank dafür und natürlich für die wertvolle Arbeit.

Nebst den Jahresberichten thematisiert unsere Gemeinderätin Hannah Locher auf eindrückliche Weise in der Titelgeschichte die Frage, wie wir als Stadt mit den Menschen umgehen wollen, die hier leben.

Auch unsere Kolumnist*innen bringen uns wieder unterschiedliche Themen und Standpunkte näher, welche diese Ausgabe gelungen abrunden. Hier möchte ich kurz erwähnen, dass sich unsere Kolumnist*innen natürlich punkto Inhalt nicht absprechen, sondern ihre Themen frei einbringen. Um nicht zu viel vorwegzunehmen: Wie wichtig in dieser Zeit die Thematik Widerstand ist, wird in jeder Kolumne thematisiert. Vielen Dank und viel Vergnügen beim Lesen!

Severin Peer

Jahresbericht 2024

JAHRESBERICHT KSB UTO

In der Kreisschulbehörde Uto haben wir im vergangenen Jahr, wie so oft, einige personelle Wechsel erlebt. Diesmal gab es diesen auch in der SP-Fraktion: Marcel Pauli reichte seinen Rücktritt ein, da er neben seiner neuen Tätigkeit als Sek-Lehrer und dazu als Jung-Vater die nötige Zeit für die Behördentätigkeit nicht mehr fand. Glücklicherweise fanden wir mit Alison Trepp eine tolle Nachfolgerin, die wir bereits an der Plenarversammlung im Dezember willkommen heissen durften. An den 14 Kindergarten/Primar- und den 5 Sekundarschulen ist immer viel los. Damit die Aufsichtskommissionen (AK) ihre Schulen noch besser kennenlernen, haben alle AKs zu Beginn des Schuljahres gemeinsam einen halben Tag an ihrer Schule verbracht. Dies ergab sehr schöne Einblicke. Auch wenn die Schulen weiterhin durch den Fachkräftemangel und viele krankheitsbedingte Absenzen stark gefordert sind, so ist ihr Einsatz für und mit den Schüler*innen einfach grossartig. Am 19. November organisierten Katrin Wüthrich und Jacqueline Peter eine MV für alle Sektionen der Schulkreise Limmattal und Uto. Das angekündigte Thema «Handyfreie Schulen» entpuppte sich als Teaser, der zu spannenden Diskussionen führte. Und genau das ist wichtig: Diskussion über Bildung, über die Schulen und die Förderung der Kinder. Wir machen weiter!

Alison Trepp (KSB Mitglied), Jacqueline Peter (KSB-Präsidentin), Stefanie Dadier (KSB Mitglied)

KREISSCHULBEHÖRDE LIMMATTAL

Im Schulkreis Limmattal lernen gut 4000 Schüler*innen in 14 Schulen. Fünf Schulen funktionieren bereits als Tages-schulen, darunter das «Limmat», das von Roland Schaller besucht wird. Im August 2024 stellten vier weitere Schulen um: Aussersihl, Feld, Zurlinden und Im Gut. Barbara Rodriguez konnte als besuchendes Mitglied die Umstellung im «Im Gut» nahe begleiten. Nun gerät der Zug ins Stocken. Bauliche Anpassungen erweisen sich als komplexer als ursprünglich gedacht und weitere Umstellungen müssen um ein Jahr verschoben werden. Dazu gehört auch die Schule Sihlfeld, die von Marina Meier besucht wird.

Das Limmattal führt inzwischen zehn Klassen für Kinder und Jugendliche der Asylseinrichtungen: sechs Klassen für das Bundesasylzentrum Duttweiler und vier Klassen für die Zentren Peter & Paul und Polizeikaserne. Das entspricht eigentlich einer zusätzlichen Schule. Zu den Aufgaben von Roland Schaller gehört auch der Besuch von drei Asylklassen der Schule Limmat – ein spannender Einblick.

Im Schulkreis verfolgen wir das Thema Bildungs- und Chancengerechtigkeit. Im Berichtsjahr fanden dazu zwei span-

nende und gut besuchte Veranstaltungen in der alten Kaserne statt: Prof. Carola Mantel referierte über «Chancengerechte Schulen – was können wir tun?» (Einiges) und Prof. Judith Hollenweger stellte die Frage: «Werden Jungs in der Schule benachteiligt?» (Ja). Danach gab es jeweils Suppe und gute Gespräche.

Eine Besonderheit im Schulkreis ist die «Familienklasse». Das Angebot gibt es seit 2017, im Berichtsjahr zügelte sie in grössere Räume im Kreis 5. Die Familienklasse ist für Schüler*innen gemacht, die im Kindergarten oder der Schule durch ihr Verhalten auffallen. Das Besondere: Mindestens ein Elternteil plus das Kind treffen sich einmal pro Woche für drei Stunden und arbeiten gemeinsam an Zielen, die sich die Familien zusammen mit der jeweiligen Klassenlehrperson gesteckt haben. 2025 wird das Angebot mit der «Familien-schule» erweitert, eine schweizweite Neuerung.

Viel zu diskutieren gibt der Gebrauch von Handys an Schulen. Im Limmattal starteten im August 2024 das Limmat und das Feld als handyfreie Schulen. Die Schüler*innen müssen ihre Handys von 8 bis 16 Uhr wegsperren. Erste Rückmeldungen zeigen ein positives Resultat. Die Jugendlichen unternehmen in den Pausen vermehrt wieder gemeinsam etwas.

Barbara Rodriguez-Frick (KSB Mitglied), Marina Meier (KSB Mitglied), Roland Schaller (KSB Mitglied)

JAHRESRÜCKBLICK IM GEMEINDERAT

Wieder liegt ein spannendes und politisch ereignisreiches Jahr hinter uns. Nachdem in der Adventszeit die Mieterinnen in drei Sugushäusern die Leerkündigung erhalten hatten, war auch im Gemeinderat in der Bullingerkirche ein politischer Ruck spürbar. So gelang es in der Budgetdebatte Mitte Dezember auf den letzten Drücker, das Budget für Wohnungsbau um 100 Millionen Franken aufzustocken. Somit stehen dem Stadtrat für das Jahr 2025 gesamthaft 600 Millionen Franken für Liegenschaftskäufe zur Verfügung. Aufgrund der vielen Krisen in der Welt wurde auch das Budget für Auslandhilfe an Entwicklungsländer von ein auf zwei Millionen Franken erhöht. Den Sparstift setzte der Gemeinderat bei der Stadtpolizei an. Auf Vorschlag der SP wurden nur acht der beantragten 17 neuen Stellen bewilligt. Dies insbesondere, da in der Stadtpolizei seit Jahren viele Stellen, aktuell rund 100, unbesetzt sind.

Ein grosses Ärgernis im letzten Jahr war leider einmal mehr, dass die Bürgerlichen alle politisch linken Errungenschaften wie den Mindestlohn, die Basishilfe und die Velorouten juristisch blockieren und verzögern. Bis in diesen wichtigen Anliegen rechtskräftige Urteile vorliegen, wird noch viel >

› wertvolle Zeit vergehen. Zuletzt hatte der Bezirksrat die temporäre wirtschaftliche Unterstützung für Sans-Papiers für rechtswidrig erklärt. Mit der Basishilfe könnte die Stadt eine Lücke im Sozialsystem schliessen und akute Notsituationen lindern. Nun wird der bürgerlich dominierte Regierungsrat als Beschwerdeinstanz über das Pionierprojekt entscheiden müssen.

Das Thema Leerkündigungen hat den Gemeinderat übrigens schon in der ersten Ratssitzung im neuen Jahr wieder beschäftigt. Für einmal war es die SVP, die die linken Kräfte links überholt hat. Der Gemeinderat beschloss diskussionslos und einstimmig ein Postulat an den Stadtrat zur Prüfung zu überweisen, wonach bei Leerkündigungen künftig alle Eigentümergruppen und Bauperioden der betroffenen Gebäude dokumentiert werden sollen. Zudem sollen in regelmässigen Abständen die Erkenntnisse über die Kündigungen in der Stadt in einem sozialräumlichen Monitoring festgehalten werden. Wenn sich nun auch die Bürgerlichen plötzlich für Mieterinnenanliegen einsetzen, können wir gespannt optimistisch in die Zukunft schauen.

Eure SP-Gemeinderätinnen werden sich auch in diesem Jahr als aktive und starke Kraft für soziale, ökologische sowie quartierspezifische Anliegen im Stadtparlament einsetzen. Bei Fragen oder Interesse an unserer politischen Tätigkeit oder für Rückmeldungen und Anliegen stehen wir euch jederzeit zur Verfügung.

Barbara Wiesmann (Gemeinderätin SP 3), Hannah Locher (Gemeinderätin SP 3), Niyazi Erdem (Gemeinderat SP 3), Rahel Habegger (Gemeinderätin SP 3), Reis Luzhnica (Gemeinderat SP 3)

BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat sind für uns als linke Partei alles andere als einfach. SP, Grüne, AL, EVP und GLP – die so genannte Klima- und Fortschrittsallianz – kommen zusammen genau auf 90 von 180 Stimmen, die anderen 90 Stimmen fallen auf die Mitte, FDP und SVP. Dies führt dazu, dass es immer wieder von der Präsenz im Rat und anderen Unwägbarkeiten abhängt, ob wir bei einem Geschäft Erfolg haben. Gleichzeitig stimmt die GLP insbesondere in Budget- und Steuerfragen fast immer mit den bürgerlichen Fraktionen, so im vergangenen Jahr etwa bei der Vorlage über die Senkung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen. Gegen diesen Entscheid des Kantonsrates hat die SP zusammen mit anderen linken Parteien, der EVP und den Gewerkschaften das Referendum ergriffen, so dass das Volk das letzte Wort zu diesem unnötigen Steuer geschenk an Konzerne und Grossaktionär:innen haben wird. Aber auch in der Verkehrspolitik (Stichwort: Anti-Tempo-30-Initiativen) und in der Bildungspolitik (Stichwort: Kleinklassen-Initiative) werden wir in den nächsten Monaten bürgerliche Angriffe auf hart erkämpfte Fortschritte abwehren müssen. Gleichzeitig werden wir mit grossem Einsatz für

unsere Wohninitiativen (Stichworte: Vorkaufsrecht für Gemeinden und Mieter:innenschutz) kämpfen, damit es im Kanton Zürich endlich mehr bezahlbaren Wohnraum gibt.

Die Delegation der SP Zürich 3+9 im Kantonsrat besteht zurzeit aus Pia Ackermann, Mandy Abou Shoak, Alan David Sangines und Sibylle Marti. Als Co-Fraktionspräsidentin leitet Sibylle Marti zusammen mit Tobias Langenegger die 36-köpfige SP-Fraktion und ist von Amtes wegen Mitglied in der Geschäftsleitung des Kantonsrates. Pia Ackermann ist Mitglied in der Geschäftsprüfungskommission (GPK), welche die Oberaufsicht über Regierungsrat, Verwaltung und Träger öffentlicher Aufgaben hat. Das bedeutet, dass sie Rechtmässigkeit, Ordnungsmässigkeit, Zweckmässigkeit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft. Sie analysiert Geschäftsberichte und lässt sich informieren. Bei Bedarf kann sie Untersuchungen durchführen. Im Anschluss gibt die GPK Empfehlungen ab. Über die Tätigkeit der GPK im Jahr 2024 kann wegen der Vertraulichkeit keine Auskunft gegeben werden. Im Jahr 2023 hat sich die Kommission unter anderem mit dem elektronischen Patientendossier im Gesundheitswesen, dem Justizvollzug, der Betreuung unbegleiteter Minderjähriger Asylsuchender und der Umsetzung der Verbilligung der Krankenkassenprämien auseinandergesetzt. Viele Themen begleiten die Kommission über mehrere Jahre.

Die Mehrheitsverhältnisse in der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit (KJS), in der Mandy Abou Shoak Mitglied ist, sind ausgesprochen herausfordernd. In der Regel unterliegt die SP in sämtlichen Geschäften mit 10 zu 5 Stimmen (SVP, FDP, GLP gegenüber SP, Grüne, AL). Dennoch konnte die SP einige Erfolge in der Oppositionsarbeit erzielen. So haben wir beispielsweise einen Rückweisungsantrag zur Umsetzung der sogenannten «Anti-Chaoten-Initiative» eingebracht, da wir davon ausgehen, dass die Vorlage gegen übergeordnetes Recht verstösst. Unser Ziel ist es, zunächst die Rechtsprechung in anderen Kantonen mit weniger strikten Versionen dieses Gesetzes abzuwarten, bevor es auf kantonaler Ebene verabschiedet wird. Ob unser Anliegen im Kantonsrat Gehör findet, wird sich voraussichtlich am 10. März 2025 zeigen – wenngleich ein Erfolg unter den aktuellen Mehrheitsverhältnissen eher unwahrscheinlich ist. Ein erfreulicher Fortschritt ist hingegen, dass ab Mitte 2024 in allen Spitälern des Kantons nach Gewalterfahrungen die Möglichkeit besteht, über den Dienst der Forensic Nurses eine forensische Spurensicherung durchführen zu lassen. Dies eröffnet Betroffenen die Option, zu einem späteren Zeitpunkt Anzeige zu erstatten. Abschliessend bleibt festzuhalten, dass trotz der bereits im Mai von SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr aufgezeigten Überlastung im Justizsystem sowie vorgeschlagener Entlastungsmassnahmen die bürgerliche Mehrheit im aktuellen Budget Kürzungen im Bereich Justizvollzug und Wiedereingliederung durchgesetzt hat. Diese Entscheidung verschärft die bestehenden Probleme im System und steht im klaren Widerspruch zu den dringend benötigten Mitteln.

Alan David Sangines ist Mitglied in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG). In diesem Jahr konnte die SP in der KSSG einige Erfolge erzielen: Ein Antrag der SP zur Aufstockung der Mittel für einen Ausbau der Angebote für die psychische Gesundheit von Jugendlichen erhielt eine Mehrheit. Mit diesem Antrag soll die Weiterbildung von Psycholog:innen zu Kinder- und Jugendtherapeut:innen in den Spitälern finanziell unterstützt werden. In Zeiten, in welchen die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat Mittel zusammenstreicht und keinen Rappen Mehrausgaben bewilligt, ist die Mehrheit für diesen Antrag von 5 Millionen Franken sehr erfreulich. Zudem gelang es der SP-Delegation in der Kommission, basierend auf einer von Sibylle Marti eingereichten Parlamentarischen Initiative zu erreichen, dass der Regierungsrat den Gemeinden neu Mindestansätze für die Unterstützungsleistung von vorläufig Aufgenommenen vorschreibt. Zuvor fand eine unwürdige Gemeindelotterie statt. Keine Mehrheit erhielt die SP in der KSSG leider zur Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien, die am Existenzminimum leben. Immerhin: als Kompromiss gelang es der SP, in der Kommission eine Mehrheit für einen Vorstoss zu gewinnen, welcher vom Regierungsrat einen Bericht verlangt, der aufzeigt, wie solche Ergänzungsleistungen im Kanton Zürich eingeführt werden können.

Alan David Sangines (Kantonsrat SP 9), Mandy Abou Shoak (Kantonsrätin SP 9), Pia Ackermann (Kantonsrätin SP 9), Sibylle Marti (Kantonsrätin SP 3)

JAHRESBERICHT DES PRÄSIDIUMS

Dieses erste Jahr in unserer neuen Rolle als Präsident und Vizepräsident der SP 3 hat gut begonnen, auch wenn durch eine Misskommunikation die 1.-Mai-Bündelbriefe ohne die dazugehörigen Bündel verschickt wurden. Da für uns Politik keine One-Man-Show, sondern immer Teamarbeit ist, haben wir im Sommer 2024 alle unsere Mandatar*innen sowie sonstige verdiente Mitglieder zu einem Bier eingeladen, um den Austausch und das Wissen zwischen Präsidium/Vorstand und den verschiedenen Gremien aufrechtzuerhalten und zu vertiefen. Zudem haben wir gemeinsam mit anderen Vorstandsmitgliedern begonnen, die Gemeinderatswahlen 2026 vorzubereiten und erste Gespräche mit potenziellen Kandidat*innen zu führen. Zur gleichen Zeit hat Marcel Pauli seinen Rücktritt aus der Kreisschulbehörde Uto bekannt gegeben, und wir hatten als neues Präsidium unseren ersten Stresstest, den wir – so denken wir – gut gelöst haben, indem wir Alison Trepp als Nachfolgerin gewinnen konnten, die dann auch in einer stillen Wahl gewählt wurde.

Neben organisatorischen und internen Arbeiten hat der Vorstand auch einige inhaltliche Anlässe organisiert. Anfangs Juni fand für die SP3-Frauen eine Stadtführung vom Verein Frauenstadtrundgang Zürich mit anschliessender Diskussion statt und Ende Juni wiederum ein Stadtrundgang zum Finanzplatz Zürich und seinen illegalen und fragwürdigen Verstrickungen (zusammen mit den Grünen der Kreise 3 und

9). Im August führten wir unseren Sektionsausflug nach Basel durch, um uns mit Wohnen und Wohnpolitik auseinanderzusetzen. Im September haben wir beim Parking-Day am Idaplatz gezeigt, dass Parkplätze mehr sein können als nur Abstellraum für Autos. Im November informierten wir uns über das Politquartier Netto-Null 2024 Binz/Alt-Wiedikon und organisierten zusammen mit den Kreisparteien 1, 2, 4 und 5 eine Bildungsveranstaltung zu Handy an den Schulen organisiert von unseren Kreisschulpräsidentinnen.

Da das Grillfest in diesem Jahr wegen schlechtem Wetter leider ins Wasser gefallen ist, haben wir uns umso mehr auf das traditionelle Jahresschlusssessen gefreut, bei dem wir viele von euch wiedersehen konnten. Daneben haben wir natürlich auch wieder Standaktionen und Handverteilungen organisiert, an Delegiertenversammlungen von Stadt und Kanton teilgenommen und am Parteitag der SP Schweiz teilgenommen.

Die ersten Monate des Jahres 2025 standen dann ganz im Zeichen des kommenden Gemeinderatswahlkampfes, mit einem Infoanlass zu den Wahlen sowie einem noch ausstehenden Besuch des Gemeinderates.

Luca Dahinden (Präsident), Severin Peer (Vize-Präsident)

Impressum

Herausgeberin Sozialdemokratische Partei Zürich 3, Postfach, 8036 Zürich, info@sp3.ch, www.sp3.ch
 Redaktion Infogruppe SP3, Özlem Ickin, Nadja Contzen, Rebekka Plüss, Roland Schaller und Severin Peer
 Gestaltung bmquadrat.ch
 Jahrgang Info 3 51. Jahrgang
 Auflage 700 Exemplare
 Druck Druckerei Printoset GmbH, Zürich

Kolumne

Gezi – der Park, der blieb

An meinem letzten Tag in Istanbul, der inzwischen schon eine Weile zurückliegt, spazierte ich zum ersten Mal durch den Gezi-Park. Warum ich diesen Ort zuvor gemieden hatte, konnte ich mir selbst nicht genau erklären – schließlich hatte ich die Gegend rund um den Taksim-Platz, an den der Park grenzt, oft besucht. Doch an diesem nasskalten Tag wurde mir plötzlich klar, warum.

Der Anblick war trist: ein fast menschenleerer Park, grüne Wiesen zwischen asphaltierten Wegen, ein großer Teil abgesperrt und von Polizist:innen bewacht. Ein krasser Kontrast zu dem, was dieser Ort vor über einem Jahrzehnt war – das Zentrum einer kleinen Revolution.

Am 28. Mai 2013 besetzten Umweltaktivist:innen den Gezi-Park. Damals war er größer und grüner – eine der letzten Grünräume in diesem Teil der Stadt. Doch er sollte einem Einkaufszentrum weichen. Die Bulldozer standen bereit, und nur die physische Präsenz der Aktivist:innen verhinderte die Zerstörung. Doch bald darauf räumte die Polizei den Park mit Tränengas und Wasserwerfern und brannte die Zelte nieder.

Diese Repression wurde zum Weckruf für Istanbul. Noch am selben Abend kehrten die Protestierenden zurück – diesmal in weit größerer Zahl. In den folgenden Tagen breiteten sich die Demonstrationen rasant aus: vom Taksim-Platz über die Istiklal-Straße bis in andere Stadtteile und auf die asiatische Seite. Umweltaktivist:innen standen Seite an Seite mit Studierenden, verhüllten Musliminnen, Anarchist:innen und Familien. Längst ging es nicht mehr nur um den Gezi-Park – der Protest wurde zum Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit mit der Regierung.

Erdoğan versuchte, die Bewegung zu diskreditieren, indem er die De-

monstrierenden als «einige Plünderer» abtat, doch die Proteste wuchsen weiter. Selbst massiver Tränengaseinsatz und Wasserwerfer konnten sie nicht stoppen. Die Solidarität war riesig: Anwohner:innen öffneten ihre Türen, versorgten Verletzte und Durstige. Selbst die Ultras der sonst verfeindeten Fußballclubs stellten sich gemeinsam gegen die Polizei. Die Proteste griffen auf andere Städte über, und nur wenige Tage später, Anfang Juni, wurden die Baupläne für den Gezi-Park aufgegeben. Mit den Sommerferien flaute die Bewegung ab, die Menschen kehrten in ihren Alltag zurück.

Der Gezi-Park existiert noch immer – doch von der Energie und dem Widerstand des Sommers 2013 ist wenig geblieben. Wie andere Autokraten weiß auch Erdoğan, dass solche Orte gefährlich sein können – und sorgt dafür, dass sie gut bewacht und unattraktiv bleiben. Doch der Protest zeigte auch: Wirksamer Widerstand ist unberechenbar – und er wird auch in der Türkei weiterleben.

Quellen:

https://en.wikipedia.org/wiki/Gezi_Park_protests#Media_censorship_and_disinformation

<https://disorient.de/magazin/gaspatronen-zu-blumentopfen-ein-personlicher-zwischenbericht-von-brutaler-polizeigewalt>

<https://disorient.de/magazin/es-geht-langst-nicht-mehr-nur-um-den-gezi-park-grossproteste-der-turkei>



Wanda Siegfried

Kolumne

Vock off!



Florian Vock

Kürzlich führte ich eine Diskussion, wo wir eigentlich sind im Kampf gegen den Faschismus. Definitiv kein Sprint, sondern ein Marathon. Und wir stünden nun in einer Phase, wo wir das, was wir gedacht und gemacht haben, überschreiten müssen – es gelte, konkrete (Vorbereitungs-)Arbeiten anzugehen, um antifaschistisch wirken zu können.

Diese Überschreitung macht keinen Spass, weder darüber nachzudenken, geschweige denn aus dem bürgerlichen Komfort heraus «etwas zu tun». Schnell begannen wir, in unserer Diskussion zu relativieren, zu beschwichtigen, zu beruhigen...

Der italienische Schriftsteller Umberto Eco hat im Jahr 1995 die Merkmale definiert, um «ewigen Faschismus» zu erkennen. Ich habe den Text vor etwa 15 Jahren zum ersten Mal gelesen. Noch genau weiss ich, dass ich beruhigt war... nicht einmal die SVP erfüllte damals so wirklich viele Kriterien. Heute habe ich den Text nochmals gelesen. Es klingt nicht mehr wie eine Warnung, sondern wie eine Beschreibung.

Es ist definitiv Zeit, an die antifaschistische Arbeit zu gehen.

Wer den Text lesen will, findet hier eine deutsche Übersetzung. Eine kostenlose Registrierung ist nötig:

www.zeit.de/1995/28/Urfaschismus

*Auch als Buch erhältlich:
«Der ewige Faschismus»
im Carl Hanser Verlag.*

Kolumne

«Auf die Barrikaden, auf die Barrikaden»

Zwei Tage bevor meine letzte Kolumne erschien, in der ich vor dem Aufkommen des Faschismus warnte, zeigte der reichste Mann der Welt auf einer der grössten Bühnen der Welt den Hitlergruss. Anstatt zu erkennen, dass dies der Beginn eines diktatorischen und faschistischen Umbaus der USA ist, entschuldigten alle grossen Zeitungen diese Handlung oder suchten nach Ausreden. Während sich Expertinnen wie Natascha Stobl und Annika Brockschmidt die Finger wundtippen, um die faschistischen und autoritären Entscheidungen von Trump und seiner Regierung auf Bluesky einzuordnen, versuchen der Tages-Anzeiger und die NZZ uns weiszumachen, dass es sich lediglich um ein paar «linke Spinner» handelt. Ich kann diese beiden Zeitungen nicht mehr lesen, da sie täglich Artikel veröffentlichen, in denen der Boden für faschistische Politik und Machtübernahme gerechtfertigt wird.

Die NZZ ruft mittlerweile sogar zu einer Koalition von CDU und AfD (Deutschland) auf. Nachdem die CDU am 31. Januar 2025 die Brandmauer in Deutschland niedergerissen hat und erstmals seit 1933 dafür gesorgt hat, dass Nazis aktiv an der Politikgestaltung in Deutschland beteiligt sind. Falls jemand von euch noch denkt, dass dies einfach ein «Versehen» gewesen sein soll, empfehle ich das Buch «Radikalisierter Konservatismus» der österreichischen Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl. Strobl zeigt eindrücklich, wie ehemalige staatstragende konservative Parteien wie die ÖVP (Österreich) oder die Republikaner (USA) sich Strategien und Inhalte von Rechtsextremen abge-

schauf und deren Playbook übernommen haben – Hauptsache, sie behalten die Macht. Obwohl jede politikwissenschaftliche Forschung der letzten Jahre belegt, dass ein Annähern der konservativen Parteien an Rechtsextreme nur dem Original hilft, versucht es eine rechtskonservative Partei nach der anderen *hust* FPD *hust*.

Es sind erdrückende Zeiten, und auch ich hatte schon mehrere Weinkrämpfe, weil mir dieser massive Rechtsruck in kürzester Zeit Angst macht. Aber wir sind nicht allein. Nach dem Brechen der Brandmauer durch die CDU in Deutschland sind an mehreren Wochenenden jeweils über eine halbe Million (!!) Menschen auf die Strasse gegangen. Auch wenn es Medien und Politik so erscheinen lassen, dass wir die einzigen sind, die das schrecklich finden, sind wir nicht allein!

*Daher Genoss*innen:
«Wehrt euch, leistet Widerstand,
gegen den Faschismus in
jedem Land,
auf die Barrikaden,
auf die Barrikaden!»*



Luca Dahinden

Rückblick der Redaktionsgruppe



**Bis zum Rand vollgepackt mit
Wahlzeitungen – engagiert und gut
organisiert für eine starke linke Politik.**



**Lale und Rebekka (SP 3) nach ihrer
Frauenstadtrundgang – Führung.**



Unser Sektionsausflug nach Basel.

Agenda

März

25. März 2025

Generalversammlung 2025

Am Puls unseres Sektionslebens.

Ab 19:00 Uhr Apéro Riche, GV ab 20:00 Uhr

Saal Genossenschaftshaus, Schweighofstr. 296.

Juni

10. Juni 2025

Nominationsversammlung GRW 2026

An dieser Mitgliederversammlung nominieren wir unsere Liste für die Gemeinderatswahlen 2026.

Ab 20:00 Uhr, Saal Grünmatt, Friesenbergstr. 224b.

28. Juni 2025

Grillfest

Alle Jahre wieder, fröhliches Beisammensein!

GZ Heuried, Erlebnisgarten, Döltschiweg 130.

Weitere Infos folgen.

Geburtstage

Wir gratulieren

Peter Ess

am 16. Februar zum 80. Geburtstag

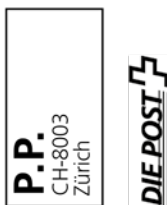
Silvia Meyer Hirt

am 17. Februar zum 86. Geburtstag

Karl Eberli

am 23. Februar zum 87. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch!



Anzeige



edelmann energie

Energie und Nachhaltigkeit am Bau

Wir setzen SP-Politik in die Praxis um:

- Energie-Effizienz
- Erneuerbare Energien
- 2000-Watt-Gesellschaft

Allmendstrasse 149, 8041 Zürich
www.edelmann-energie.ch